

5692

5693 Zur Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit der Behörden und Organisationen
5694 mit Sicherheitsaufgaben in Deutschland (BOS) werden wir die Einführung des
5695 Digitalfunks in Abstimmung mit den Ländern im Rahmen des gewählten
5696 Betreibermodells vorantreiben. Ziel muss es sein, möglichst rasch zu einer
5697 flächendeckenden Versorgung, einem einheitlichen Versorgungsstandard und einer
5698 gerechten Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern zu kommen.

5699

5700 Eine moderne Sicherheitsarchitektur muss moderne Informationstechnik unter
5701 Wahrung des Datenschutzes konsequent einbeziehen. Daher wollen wir
5702 biometrische Verfahren verstärkt einsetzen (Pässe, Personalausweise, Visa,
5703 Aufenthaltstitel) und dazu das Pass- und Personalausweisgesetz novellieren. Wir
5704 werden unsere lebenswichtigen Informationsinfrastrukturen schützen und dazu den
5705 Nationalen Plan zum Schutz der Infrastrukturen umsetzen.

5706

5707 So unterschiedliche Probleme wie die Folgen des Klimawandels und die Bedrohung
5708 durch den Terrorismus stellen den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz vor neue
5709 Herausforderungen. Wir werden deshalb die Steuerungs- und
5710 Koordinierungskompetenz des Bundes bei der Bewältigung von Großkatastrophen
5711 und länderübergreifenden schweren Unglücksfällen stärken.

5712

5713 Das Technische Hilfswerk ist ein unverzichtbares Element in der Katastrophenhilfe
5714 im Inland und der humanitären Hilfe weltweit. Wir werden es deshalb als
5715 Bundeseinrichtung erhalten.

5716

5717 Die Bundespolizei nimmt im Gefüge der Sicherheitsbehörden in Deutschland und im
5718 Kontext der internationalen Zusammenarbeit eine wichtige Stellung ein.

5719

5720 **1.2 Migration steuern – Integration fördern**

5721

5722 Migration und Wanderungsbewegungen sind eine zentrale Herausforderung unserer
5723 Zeit. Eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist
5724 von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft.
5725 Integration kann nur gelingen, wenn Migration gesteuert und begrenzt wird. Die damit
5726 verbundenen Aufgaben lassen sich nur durch eine ressortübergreifende
5727 Zusammenarbeit im Rahmen einer Gesamtkonzeption bewältigen. Zur Bekämpfung
5728 von Fluchtursachen wollen wir das Zusammenwirken aller Politikbereiche bei der
5729 Zusammenarbeit mit Herkunft- und Transitstaaten verstärken und koordinieren und
5730 auf europäischer Ebene diese Vorgehensweise unterstützen.

5731

5732 Die Integration von Ausländern und Aussiedlern in die deutsche Gesellschaft ist eine
5733 Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche. Sie bleibt ein Schwerpunkt der Politik der
5734 Bundesregierung. Wir werden die Integrationsmaßnahmen auf Bundesebene beim
5735 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bündeln und es damit als
5736 Kompetenzzentrum für Integration stärken.

5737

5738 Wir werden einen intensiven Dialog mit den großen christlichen Kirchen und mit
5739 Juden und Muslimen führen. Ein interreligiöser und interkultureller Dialog ist nicht nur
5740 wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik und politischer Bildung; er dient auch der
5741 Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus.
5742 Gerade dem Dialog mit dem Islam kommt in diesem Zusammenhang eine

5743 bedeutende Rolle zu. Dabei ist es ein Gebot des wechselseitigen Respekts, auch
5744 Differenzen, die die Dialogpartner trennen, eindeutig zu benennen. Dieser Dialog
5745 wird nur gelingen, wenn wir insbesondere junge Muslime sozial und beruflich besser
5746 integrieren.

5747
5748 Die Bundesregierung strebt eine europaweite Flüchtlingspolitik an. Die Regelung des
5749 Zugangs von Nicht-EU-Bürgern auf den Arbeitsmarkt muss jedoch den nationalen
5750 Regierungen und Parlamenten vorbehalten
5751 bleiben.

5752
5753 Die Bundesregierung wird ein zweites Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes,
5754 das der Umsetzung von elf EU-Richtlinien im Ausländer- und Asylbereich dient,
5755 umgehend in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren einbringen. Die für eine
5756 bundeseinheitliche Anwendung des Ausländerrechts erforderlichen Allgemeinen
5757 Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz und zum Freizügigkeitsgesetz/EU
5758 sollen schnellstmöglich ausgearbeitet werden.

5759
5760 Wir werden das Zuwanderungsgesetz anhand der Anwendungspraxis evaluieren.
5761 Dabei soll insbesondere auch überprüft werden, ob eine befriedigende Lösung des
5762 Problems der so genannten Kettenduldungen erreicht worden ist. Im Rahmen der
5763 Evaluierung ist auch zu prüfen, ob alle Sicherheitsfragen und humanitären Probleme,
5764 etwa mit Blick auf in Deutschland aufgewachsene Kinder, wie beabsichtigt
5765 befriedigend gelöst sind. Ein Prüfauftrag gilt auch für den Bereich „Illegalität“ und die
5766 Frage des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, die keine EU-Bürger sind.

5767
5768 Wir wollen die Vorschriften über das Staatsangehörigkeitsrecht präzisieren, um eine
5769 einheitliche Verwaltungspraxis in allen Ländern sicherzustellen. Dies gilt
5770 insbesondere im Hinblick auf Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit
5771 und die Umsetzung des Optionsmodells.

5772
5773 Um die Bedeutung der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für den
5774 Integrationsprozess zu betonen, soll das Bekenntnis des Einzubürgernden zur
5775 freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Verleihungsakt einbezogen
5776 werden.

5777
5778 Auch im Visumverfahren muss den gestiegenen Sicherheitsbedürfnissen
5779 Deutschlands in besonderer Weise Rechnung getragen werden, indem die
5780 Sicherheitsbehörden bei der Visumerteilung angemessen beteiligt werden. Zu
5781 diesem Zweck sollen die Erkenntnisse aus dem Visa-Untersuchungsausschuss in
5782 einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Auswärtigem Amt und Bundesministerium
5783 des Innern aufgearbeitet werden.

5784
5785 Im Rahmen der Visaerteilung sind Vorkehrungen zu treffen, die eine spätere
5786 Identifizierung von Ausländern auch dann ermöglichen, wenn diese ihre
5787 Ausweispapiere oder Reisedokumente vernichtet haben. Wir brauchen eine
5788 Warndatei aller Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden mit
5789 Abfragebefugnissen der Sicherheitsbehörden, um Visamissbrauch und illegale
5790 Einreisen zu bekämpfen. Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene
5791 dafür einsetzen, das für 2006 geplante EU-Visa-Informationssystem entsprechend
5792 auszugestalten. Sollten diese Bemühungen bis dahin nicht erfolgreich sein, wird eine
5793 nationale Warndatei geschaffen werden.

5794
5795 Wir wollen durch geeignete Maßnahmen die Rückführung von ausreisepflichtigen
5796 Ausländern verbessern und praktische Hindernisse der Abschiebung insbesondere
5797 von Straftätern soweit möglich beseitigen.

5798
5799 Den Missbrauch von Vaterschaftsanerkennungen zur Erlangung von Vorteilen im
5800 Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir durch geeignete Maßnahmen,
5801 beispielsweise die Schaffung eines Anfechtungsrechts einer öffentlichen Stelle,
5802 unterbinden.

5803
5804 Wir bekennen uns auch weiterhin zu der Verantwortung sowohl für diejenigen
5805 Menschen, die als Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion
5806 unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben und in ihrer jetzigen Heimat
5807 bleiben wollen, als auch für jene, die nach Deutschland aussiedeln. Dies gilt
5808 insbesondere für die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bei denen
5809 das Kriegsfolgenschicksal am längsten nachwirkt. Die Kultur der aus ihrer Heimat
5810 vertriebenen Deutschen ist ein Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation,
5811 das wir pflegen und erhalten wollen. Angehörigen der deutschen Minderheit in den
5812 Herkunftsgebieten der Aussiedler soll über die Gewährung von Hilfen aus
5813 Deutschland, deren Effektivität wir steigern wollen, eine bessere Lebens- und
5814 Zukunftsperspektive in den Herkunftsgebieten ermöglicht werden. Auch Schutz und
5815 Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland, mit denen wir
5816 den Dialog über ihre besonderen Bedürfnisse fortsetzen werden, bleiben ein
5817 wichtiger Aufgabenbereich der Bundesregierung.

5818 5819 **1.2.1 Interkulturelle Kompetenz in der Jugendhilfe stärken**

5820
5821 Beim Ausbau und bei der Neukonzeption von Bildungs- und Betreuungsangeboten in
5822 und außerhalb der Schule müssen die spezifischen Bedingungen von
5823 Migrantenkindern berücksichtigt werden, damit auch sie Chancen auf gute
5824 Bildungsabschlüsse haben. Insbesondere die enge Einbeziehung der Eltern durch
5825 schulische und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist für
5826 Migrantenkinder wesentlich. Neben einer besseren Kooperation mit
5827 Migrantenorganisationen wollen wir die Jugendmigrationsdienste weiterentwickeln.
5828 Die Zusammenarbeit der Bildungs- und Betreuungsinstitutionen und der Jugendhilfe
5829 im Sinne einer Erziehungspartnerschaft muss verstärkt werden.

5830 5831 **1.2.2 Gleichstellung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund**

5832
5833 Beim Integrationsprozess von Frauen ausländischer Herkunft stehen ihre
5834 gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben
5835 sowie die Vermittlung der deutschen Sprache für den Einstieg in Bildung und Beruf
5836 im Vordergrund. Die begonnenen Maßnahmen zur Integration ausländischer Frauen
5837 sollen weiter verstärkt und ihre gesellschaftliche und berufliche Integration
5838 vorangebracht werden. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern wird als
5839 wichtiger thematischer Schwerpunkt in die Maßnahmen zum interreligiösen Dialog
5840 aufgenommen.

5841
5842 Zwangsverheiratungen können nicht geduldet werden. Wir wollen
5843 Zwangsverheiratungen verhindern und prüfen zu diesem Zweck alle geeigneten
5844 Instrumente. Wichtig sind Aufklärungen über Rechte und Pflichten sowie die